

Herr Gleß berichtete, dass der Verwaltung ein ähnlich lautender Antrag der CDU-Fraktion bereits seit Ende 2002 vorliege. Die Verwaltung wurde im Rahmen der Ratssitzung am 11.12.2002 daraufhin beauftragt, die Inhalte des F.D.P.-Antrages in die des CDU-Antrages einzuarbeiten. Dies sei mittlerweile geschehen.

Herr Schmitz berichtete, dass die Verwaltung zur Meldung von Verschmutzungen im Bauhof eine Hotline eingerichtet habe. Unter der Telefonnummer: **02241/243 - 535** sei jederzeit die Möglichkeit gegeben, mit der Verwaltung Kontakt aufzunehmen. Außerhalb der Dienstzeiten sei ein Anrufbeantworter zugeschaltet.

Auf elektronischem Wege sei die Kontaktaufnahme ebenfalls möglich. Neben der E-Mail-Adresse bauhof@sanktaugustin.de könne auch das Internet genutzt werden.

Wie Herr Schmitz weiter ausführte, wurden bereits die Friedhöfe besichtigt, um ungepflegte bzw. verwahrloste Grabstellen ausfindig zu machen. Die entsprechenden Stellen wurden aufgelistet und an das Standesamt weitergemeldet.

Das Standesamt versuche nun, Angehörige zu ermitteln und diese anzuschreiben. Sollte dies erfolglos sein, würden die entsprechenden Grabstellen eingeebnet.

Herr Schmitz schlug vor, den anstehenden Frühjahrsputz im Stadtgebiet wegen der beginnenden Vogelbrut zu verschieben und für den Herbst vorzusehen. Über diesbezügliche Anregungen und Vorschläge sei er jederzeit dankbar.

Herr Gleß sprach in diesem Zusammenhang die Problematik der Verwendung von Pflanzenschutzmitteln an. Hier bestehe grundsätzlich die Vorgabe, auf entsprechende Mittel zu verzichten.

Herr Gleß schlug vor, die Anwendung biologisch abbaubarer Pflanzenschutzmittel zu ermöglichen. Im Rhein-Sieg-Kreis sei es mittlerweile üblich, entsprechende Mittel zur Arbeitserleichterung der Bauhöfe einzusetzen. Die Produkte seien zertifiziert und müssten sowohl beim Rhein-Sieg-Kreis als auch bei der Landschaftskammer Rheinland unter Angabe von Zeit- und Einsatzorten jährlich beantragt werden. Der seinerzeit gefasste Beschluss hinsichtlich des generellen Verzichtes auf den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln sei daher zu modifizieren.

Um bereits in diesem Frühjahr entsprechend verfahren zu können, sei in der heutigen Sitzung des Umweltausschusses ein diesbezüglicher Beschluss erforderlich. Eine mögliche Beschlussfassung im Rahmen der nächsten Sitzung des Umweltausschusses im Mai 2003 käme hier zu spät.

Herr Baumgartner sagte, dass seines Wissens die Verwendung dieser Pflanzenschutzmittel lediglich sehr zurückhaltend möglich sei. Ihm fehle letztlich für einen solchen allgemeinen Beschluss der Hintergrund. Es sei

sinnvoll, die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf konkreten Flächen zu thematisieren.

Herr Baumgartner vermisste eine grundsätzliche Systematik der Bewertung und der Pflege der einzelnen Flächen. Es fehle die Einrichtung von Kategorien, die letztlich nur nach Entwicklung eines städtischen Leitbildes möglich sei. Erst dann könne man die vorhandenen Pflegekapazitäten sinnvoll koordinieren und über eine teilweise Anwendung von Schutzmitteln sprechen. Daher könne er der Verwaltung eine pauschale Anwendungsgenehmigung nicht erteilen.

Herr Baumgartner schlug daher die Einrichtung einer Arbeitsgruppe vor. Hier solle zunächst eine Grundsatzdiskussion erfolgen, bevor zu einem späteren Zeitpunkt weitergehende Schritte denkbar seien.

Herr Dr. Frank pflichtete Herrn Baumgartner grundsätzlich bei. Er sah jedoch die Gefahr, auf diesem Wege lange Zeit zunächst nichts zu erreichen. Es sei daher durchaus sinnvoll, die Verwaltung im Sinne des dargelegten Vorschlags in die Lage zu versetzen, biologisch abbaubare Pflanzenschutzmittel anzuwenden. Er vertraue darauf, so Herr Dr. Frank, dass die Verwaltung entsprechend verantwortungsbewusst an die Arbeit gehen werde.

Herr Meyer-Eppler schloss sich den Ausführungen von Herrn Dr. Frank an und signalisierte Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Herr Baumgartner machte deutlich, dass die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf den Bürger entsprechende Auswirkungen haben werde. Der aufmerksame Bürger werde dies beobachten und zur eigenen Unkrautbekämpfung ebenfalls Pflanzenschutzmittel verwenden.

Nunmehr ließ Herr Richter über den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag abstimmen:

„Die Verwaltung wird beauftragt, sich die erforderlichen Genehmigungen zum Einsatz von ökologisch abbaubaren Pflanzenschutzmitteln einzuholen. Diese sollen nach Möglichkeit bereits ab dem Frühjahr 2003 eingesetzt werden.“

15 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme

Damit wurde der Beschlussvorschlag angenommen.